

Pressemitteilung

CFS-Umfrage zu „Vier Monate Trump-Administration: Wie haben sich die Erwartungen zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den USA geändert?“

Deutsche Finanzbranche sieht erhöhte Unsicherheiten

FRANKFURT, 17. Juni 2025

Hintergrund:

Unmittelbar nach dem Wahlsieg von Donald Trump und seiner bevorstehenden zweiten Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten haben wir im November 2024 eine Umfrage zu den möglichen Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und der EU sowie die Finanzmarktregulierung durchgeführt. Nach nunmehr gut vier Monaten der zweiten Amtsperiode von Trump haben wir angesichts der vielfältigen Entwicklungen unsere Panelisten nach ihrer gegenwärtigen Einschätzung zu denselben Themen befragt. Manche Einschätzungen haben sich bestätigt, es gibt aber auch einige interessante Veränderungen.

Ergebnisse der Umfrage

Wie im November gehen etwa 80% der Befragten davon aus, dass sich die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA durch die Trump-Administration verschlechtern werden. Jedoch gehen nur noch 52% der Panelisten davon aus, dass Unternehmen aus der EU vermehrt in den USA investieren werden. Im November waren noch ca. 83% dieser Meinung. Umgekehrt erwarteten nur noch 34% der Teilnehmenden an der Umfrage, dass die USA weniger in der EU investieren (November: 73%). Im Vergleich zum November (84%) ist der Anteil der Befragten, die mit einer steigenden Inflationsrate in den USA rechnen, auf 95% gestiegen. „Diese Zahlen spiegeln die unberechenbare Zollpolitik der Trump-Regierung wider. Die entstandenen Unsicherheiten sind im Vergleich zu den Erwartungen vor dem Amtsantritt von Trump noch größer geworden“, sagt Professor Volker Brühl, Geschäftsführer des Center for Financial Studies.

Mit Blick auf die künftige Banken- und Finanzmarktregulierung haben sich die Erwartungen der Befragten leicht geändert. Die befragten Fach- und Führungskräfte erwarten immer noch mit großer Mehrheit (81%), dass sich die Banken- und Finanzmarktregulierung in den USA künftig eher lockern wird. Im November lag der

Pressemitteilung

Wert noch bei fast 90%. „Eine Lockerung der Finanzmarktregulierung scheint derzeit keine Priorität der Trump-Administration zu sein. Das kann sich in den kommenden Jahren noch ändern“, erläutert Brühl.

„Wenn es eine positive Seite der aktuellen Unsicherheit gibt, dann das wiedererwachte Interesse der Investoren an der EU. Eine große Rolle spielt dabei Section 899 des aktuell beratenen US-Budgetentwurfs. Darin werden der Executive weitreichende Möglichkeiten zur Belastung von Investoren eingeräumt. Seitdem der Entwurf auf dem Tisch liegt, vergeht kein Tag ohne Anpassung der Asset Allocation internationaler Investoren zugunsten der EU“, sagt Hubertus Väth, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance.

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland.

Wir danken Frankfurt Main Finance e.V. für die finanzielle Förderung des Projekts.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Professor Dr. Volker Brühl
069/798 30050
volker.bruehl@hof.uni-frankfurt.de

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.